

Antrag

der Abgeordneten Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Klimaschutz-Offensive 2006

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimaschutz ist eine der Kernaufgaben einer generationengerechten Politik. Nur wenn wir heute handeln, werden nachfolgende Generationen akzeptable Lebensräume vorfinden. Klimaschutz ist aber auch eine wirtschaftspolitisch sinnvolle Investition, da bei zunehmender Erderwärmung mit einer Zunahme von extremen Wetterereignissen und damit von erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden zu rechnen ist. Das seit 1996 von der Europäischen Union vertretene Ziel, den von Menschen zu verantwortenden Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, bleibt daher sinnvoll. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müssen die Klimaschutz-Anstrengungen intensiviert werden. Dabei ist klar, dass das Ziel nur durch global koordiniertes Handeln erreicht werden kann. Klimarelevante Gase wie z. B. CO₂ und Methan tragen zur globalen Erwärmung bei, gleich an welcher Stelle der Erde sie emittiert werden.

Mit Blick auf die Zukunft des Kyotoprotokolls und die Zeit internationaler Klimapolitik nach 2012 ist von entscheidender Bedeutung, dass der mit dem Kyotoprotokoll begonnene Prozess auf internationaler Ebene in Gang gehalten wird und dass weitere Länder, insbesondere auch die USA dazu bewogen werden, einem neuen globalen Abkommen beizutreten. Das Kyotoprotokoll ist kein Gegensatz zu der von den USA propagierten Technologieförderung, sondern ein marktwirtschaftliches Instrument, um diese Technologieförderung zu initiieren und zugleich zu verhindern, dass einzelne Staaten als Trittbrettfahrer ohne eigenen Beitrag Nutzen aus den Entwicklungen ziehen.

Um für alle Staaten dieser Welt attraktiv zu werden, muss das Kyotoprotokoll wirtschaftlich leistungsfähig sein. Dies kann nur gelingen, wenn sichergestellt ist, dass für jeden eingesetzten Euro soviel Klimaschutz wie möglich erwirtschaftet wird. Dazu müssen die Kyotoinstrumente (Emissionshandel, gemein-

same Implementierung/JI, Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung/CDM, Nutzung von Kohlenstoff-Senken) ihre Kräfte voll entfalten können. In diesem Sinne bedarf es im Rahmen einer Klimaschutz-Offensive 2006 entschlossener Aktivitäten auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) den Kyotoprozess auf internationaler und europäischer Ebene voranzubringen, indem sie

- einen Vorschlag aufgreift und in weitere Verhandlungen einbringt, dass eine Nutzung der flexiblen Kyotoinstrumente künftig Teilnehmern auf der sub-nationalen Ebene auch dann ermöglicht werden soll, wenn die nationale Regierung sich noch nicht entschlossen hat, dem Kyotoprotokoll beizutreten. Dies war von kanadischer Seite im Vorfeld der elften Konferenz der Vertragsparteien (COP 11) in Montreal angeregt worden und könnte beispielsweise einzelnen Bundesstaaten der USA eine frühzeitige Teilnahme am Emissionshandel ermöglichen, den Kyotoprozess dynamisieren und die internationale Kyotogemeinschaft rasch erweitern;
- darauf hinwirkt, unverzüglich alle Kyotomechanismen im Rahmen der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik zu nutzen und im Sinne einer weiteren Kostensenkung weiterzuentwickeln. Unter diesem Ziel müssen insbesondere

(1) der Mechanismus der gemeinsamen Implementierung im Sinne einer Öffnung für nationale Projekte weiterentwickelt werden (siehe Antrag der Fraktion der FDP „Mehr Klimaschutz zu geringeren Kosten durch nationale Projekte ermöglichen“, Bundestagsdrucksache 15/4948 vom 23. Februar 2005). So könnte auch innerhalb eines Staates der Klimaschutz effizienter und kostengünstiger werden, wenn etwa deutsche Industrieunternehmen Einsparziele im deutschen Gebäudesektor erbringen können;

(2) unverzüglich die ökonomischen Chancen genutzt werden, die ein moderner Klimaschutz im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) sowohl für die Entwicklungs- und Schwellenländer als auch für deutsche Unternehmen bietet. Hierzu müssen auf dem Weg bilateraler Zusammenarbeit unverzüglich Initiativen zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern ergriffen werden (siehe Antrag der Fraktion der FDP „Kyotomechanismen für die internationale Klimapolitik Deutschlands nutzen“, Bundestagsdrucksache 14/7073 vom 10. Oktober 2001). Das kürzlich unterzeichnete Abkommen mit Mexiko ist hierbei ein erster Schritt;

(3) der europäische Handel mit Zertifikaten analog zum internationalen Handel so weiterentwickelt werden, dass die Nutzung von Waldsenkenprojekten für die betroffenen Unternehmen möglich wird (siehe Antrag der Fraktion der FDP „Biologische Kohlenstoffsenken für den Klimaschutz nutzen“, Bundestagsdrucksache 15/4665 vom 10. Januar 2005). Sinnvoll ist auch die Einbeziehung von Projekten der CO₂-Abscheidung und -Einlagerung in geeigneten unterirdischen Lagerstätten;

- auf eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung des Exekutivausschusses hinwirkt, der beim Klimasekretariat der Vereinten Nationen angesiedelt ist und alle projektbasierten Maßnahmen zu prüfen hat, sowie Initiativen ergreift, dass die allgemeine Funktionalität des CDM verbessert und dafür gesorgt wird, dass die betreffenden Projekte leichter und mit vermindertem bürokratischem Aufwand in Angriff genommen und realisiert werden können;

- mit Blick auf die Zeit nach 2012 auf europäischer Ebene dafür eintritt, dass die CO₂-Emissionen der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent im Vergleich zu 1990 verringert werden und dabei auf eine faire Lastenverteilung zwischen den EU-Partnern geachtet wird;
 - darauf hinwirkt, dass neben Kohlendioxid auch die anderen Klimagase, die im Kyotoprotokoll aufgeführt sind, so schnell wie möglich in den Emissionshandel einbezogen werden. Damit werden die für den Klimaschutz erbrachten Vorleistungen entsprechend berücksichtigt und die Vorteile des Emissionshandels umfassend genutzt;
 - darauf hinwirkt, dass unverzüglich und konkret geprüft wird, inwieweit und auf welche Weise der Luftverkehr sowie darüber hinaus der gesamte Verkehrssektor und die Wärmegewinnung für Gebäude in den Emissionshandel einbezogen werden können;
- b) den Kyotoprozess auf nationaler Ebene voranzubringen, indem sie
- durch konkrete Maßnahmen darauf hinwirkt, dass Deutschland als High-Tech-Standort seine Kräfte darauf konzentriert, energiewirtschaftliche Technologieführerschaft zu entwickeln und auszubauen. Hier geht es vorrangig um eine Steigerung der Energieeffizienz, um Techniken klimaneutraler Energiegewinnung sowie um modernste Abscheide- und Einlagerungstechniken für Treibhausgase;
 - durch konkrete Maßnahmen darauf hinwirkt, dass die Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie weiterentwickelt und der Aufbau einer geeigneten Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoff vorangetrieben wird, um den erneuerbaren Energien über Kraftstoffe aus Biomasse hinaus auch im Verkehrssektor eine langfristige, wirtschaftlich tragfähige Perspektive zu geben;
 - das bisher ungenutzte Potenzial der Energieeinsparung in Gebäuden und der Wärmegewinnung im Rahmen eines konsistenten energie- und klimapolitischen Gesamtkonzepts erschließt und in diesem Sinne eine drastische Verringerung der durch Wärmegewinnung verursachten CO₂-Emissionen erreicht (siehe dazu Anträge der Fraktion der FDP „Wärmebereich für den Klimaschutz erschließen – Erneuerbare Energien marktwirtschaftlich einbeziehen“, Bundestagsdrucksache 15/5731 vom 15. Juni 2005 und „Fortsetzung des Kyotoprozesses – Stand und Perspektiven“, Bundestagsdrucksache 15/5871 vom 29. Juni 2005).

Berlin, den 13. Dezember 2005

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

